

## O r o t o k o l l

Über die nichtöffentliche Sitzung vom 15. November 1934  
Abwesend die Abg. Hoop Franz, Ferdi Risch & Dr. Beck, welche  
sich entschuldigten.

Regierungsvertreter Reg. Chef Dr. Hoop

Schriftführer Gassner

Beginn der Sitzung vormittags 9 Uhr.

### 1. Einbürgerungen :

#### a/ Natan Mock und Frau in der Gemeinde Schellenberg.

Nach Verlesung der Unterlagen macht Reg. Chef auf die Zeitungs-  
notizen in der Sache aufmerksam. Es ist dies eine unangenehme  
Sache. Es ist nun Sache des Landtages hierüber zu entscheiden.  
Wenn die Einbürgerungen wieder an die Öffentlichkeit gezerrt  
werden, müssen wir riskieren, dass die Hetzkampagne wieder los-  
geht. Es ist zu überlegen, ob nicht in Zukunft mit den Einbürge-  
rungen gestoppt werden soll. Ich habe seinerzeit gewisse Er-  
klärungen abgegeben und ich möchte sie nicht im Handumdrehen  
brechen. Ich habe wohl bei meiner letzten Bernreise darauf  
hingewiesen, dass wir seit dem Wegzug der Lotterie etz. gewis-  
sermassen in eine Zwangslage versetzt seien und auf Einnahmen  
bedacht sein müssen.

Büchel Peter: Den Schaden haben wir nun und nun würde ich den  
Nutzen auch nehmen. Es sind da nur ein paar Gauner dahinter, die  
dem Staate und den Gemeinden die Einnahmen verwehren wollen.  
Sie verfolgen lediglich den Zweck, die Einnahmen zu untergraben.  
Sodann wird zur Abstimmung geschritten, die grösstenteils für  
die Aufnahme bzw. Antragstellung bei S.D. auf Aufnahme des Bür-  
gerrechtwerbers in den liecht. Landesbürgerverband entscheidet.

#### b/ Einbürgerung Arthur Horovic in Mauren.

Batliner befürwortet diesen berücksichtigungswürdigen Fall.

Vogt: Sollte man nicht zur Bedingung stellen, dass er eine Ein-  
lage macht bei der Sparkasse. Es ist, wie ich hörte, von ihm so  
etwas angeboten worden.

Reg. Chef: hegt Befürchtungen, dass der Gesuchsteller stutzig wird, wenn man ihm solche Klauseln anhängt.

Frommelt: Man könnte wohl den Wunsch äussern, aber gerade als Bedingung zu stellen schiene mir auch nicht ratsam.

Batliner: Diese drei Fälle würde ich noch befürworten und dann würde ich, wie Reg. Chef schon betont hat, Erschwernisse auferlegen.

Der Landtag beschliesst mehrheitlich, bei S.D. Antrag auf Aufnahme des Gesuchstellers zu stellen.

c/ Eugen Schäffer und Ehefrau, Einbürgerung in Vaduz.

Auch dieser Bürgerrechtswerber wird durch Mehrheitsbeschluss in den Landesbürgerverband aufgenommen, bezw. <sup>soll/</sup> bei S.D. Antrag auf Aufnahme gestellt werden.

-----  
Reg. Chef: Es erübrigt sich die Frage, ob man so weiter gehen soll. Ich habe Bedenken, dass es eines Tages zum Krach kommt. Das Ausland sieht mit scharfen Augen zu und es gibt immer solche Leute, die die Einbürgerungen ins Ausland bringen. Wenn einer böswillig sein will, so kann er die grösste Hetze daraus machen. Ich würde Erschwerungen in der Hinsicht vorsehen, dass man die Einbürgerungsgebühren erhöht, vielleicht als Mindesttaxe für die Gemeinde Fr. 14,000 und eine 50%ige Staatstaxe festlegen.

Präsident: Bevor ein Fall von der Gemeinde behandelt wird, soll er hier anhängig gemacht werden. Dann haben wir zum vorneherein eine Ingerenz. Auch würde ich die Staatsgebühr auf die gleiche Höhe stellen wie die Gemeindegebühr. Das Land hat gewöhnlich doch die Lasten zu tragen und dann ist es nicht mehr als billig, dass die Staatstaxe erhöht wird. Wir können der Hetze nicht ausweichen und auf das nähme ich keine Rücksicht. Wenn die Schreiberei so ist, dann würde ich abfahren mit diesem Vogelsang. Es handelt sich nur um das Geld. Die, welche schreiben, würden das Geld auch nehmen. Wenn wir keine Einbürgerungen mehr machen, die schicken uns doch keinen Pfennig herein. Und auch die Beziehungen werden kein bisschen besser. Auf das würde ich nicht so grosses Gewicht legen.

Marxer unterstützt den Antrag des Präsidenten.

Reg. Chef: Mir würde der erste Vorschlag auf Erhöhung der Gebühren am besten passen. Die vorherige offizielle Behandlung hat ausserpolitisch ein Häckchen. Ich würde es beim heutigen Regime lassen und den „Normaltarif“ hinaufsetzen.

Batliner: Wir müssen Geld haben und ich würde die Taxen erhöhen.

Ospelt: Ich möchte beantragen, die Taxen für die Gemeinde mit Fr. 15,000 und für das Land mit Fr. 10,000 festzusetzen.

Reg. Chef: Die Erhöhung der Staatstaxe macht sich nach aussen nicht gut. Wir müssen das Schwergewicht auf die Gemeinden verlegen und wir sind dann die Bremsen.

Der Landtag ist der Ansicht, dass inskünftig normalerweise eine Gemeindetaxe von Fr. 15,000 und eine Staatstaxe von Fr. 7,500 erhoben werden soll für die Neueinbürgerung in Liechtenstein.

### 2. ~~XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX~~ Nachlass von Abgaben des Mutualclub.

Präsident: klärt die Abgeordneten über den Stand der Angelegenheit auf, wonach der Mutualclub sich weigert, die letzte Steuer- und letzte Ziehungsquote zu zahlen. Die F.K. hat beschlossen, auf diese Steuern nicht zu verzichten.

Reg. Chef: Es besteht auch kein berechtigter Grund zur Forderung des Steuernachlasses. Ich halte die ganze Debatte für überflüssig und würde der Firma schreiben, dass wir auf der Bezahlung dieser Gebühren verharren. Wir haben den Fall genau geprüft und es besteht kein Grund, diese fälligen Gebühren nachzulassen.

Das Gesuch des Mutualclub wird gemäss dem Antrage der F.K. abgewiesen und auf der Bezahlung der fälligen Abgaben verharret.

### 3. Rückvergütung der Anwaltskosten der Gemeinde Triesenberg in Sachen Steuerangelegenheit Armella. Wiedererwägungsgesuch.

Reg. Chef: Ich war immer ein Gegner der // Uebernahme der Kosten aus dem Grunde, weil nachher alle schreien, jetzt sehen wir, die Regierung hat eine Dummheit gemacht und sie fühlt sich nun verpflichtet zu bezahlen. Die Angaben des Gesuches ~~MMMM~~ stimmen nicht ganz. Man konstruiert jetzt etwas zusammen und verdreht meine Ausführungen, die ich gegenüber den Vertretern der Gemeinde Triesenberg machte. Wenn wir auch einmal gesagt haben, dass man die Triesenberger mit den Bauten berücksichtigen könne,

und wenn man mit Rücksicht auf den grossen Eingang etwas mehr schaffen wolle, da habe ich nichts dagegen. Eine Verpflichtung unsererseits zur Uebernahme der Anwaltskosten besteht nicht.

Büchel: Ich kann mich nicht mehr so genau erinnern. Wenn wir die Dummheit, die man uns vorwirft, nicht gemacht hätten, so hätte man nicht mehr pauschalieren können.

Elkuch: Der Präsident der Landessteuerkommission, mit dem ich mich in der Sache gesprochen habe, würde empfehlen, etwas zu geben. Die Rechnung aber ist etwas hoch und sie ist mehr nach der Summe als nach der Arbeit bemessen. Den Wink hat die Gemeinde gegeben, aber das Hauptgewicht ist der weisen Behandlung der Landessteuerkommission zuzuschreiben. Etwas an die Kosten zu bezahlen, könnte meines Erachtens verantwortet werden.

Präsident: Wenn einer einen Vertreter nimmt, so soll er ihn bezahlen. So könnte der Staatsgerichtshof, der ein gesetzliches Gutachten in der Sache abgeben musste, auch kommen und sagen, wir verlangen so und soviel.

Hoop: Wir sind der Gemeinde nichts schuldig.

Präsident: Die Gemeinde kommt die Vertretung auch billiger, als wenn wir sie zahlen müssen.

Nächer: Alles was recht ist. Ich kann das nicht verstehen, dass wir hier bezahlen sollen. Es besteht keine Verpflichtung.

Risch Bernh.: Unterstützt den Antrag Elkuch auf Entgegenkommen.

Präsident: Der Antrag der F.K. lautet auf Ablehnung

Der Landtag weist sodann mit 8 Stimmen das Wiedererwägungsgesuch ab.

#### 4. Gesuch der Fr. Dr. Batliner um eine Witwenpension.

Reg. Chef gibt ein klares Bild über seine Anstellung und die weiteren Jahre seines Dienstverhältnisses. Der Beschluss der FK lautet, Antrag auf Ausrichtung einer einmaligen Gegenleistung nach Bemessen des Landtages.

Risch Bernh.: Eine einmalige Abfindung ist jedenfalls billig.

Büchel: Ich halte es für billig, wenn man die einbezahlten Pensionsbeträge voll ausbezahlt.

Präsident: Ich habe mir vorgestellt, aus Billigkeitsgründen sogar

diese Beträge etwas zu erhöhen.

Der Landtag beschliesst sodann einstimmig, eine Pension abzulehnen, jedoch sollen die einbezahlten Pensionsbeiträge mit Zins und Zinseszins zurückbezahlt werden. Auch die einbezahlten Kronenbeträge sollen in Franken zur Auszahlung gelangen, nachdem auch bei anderen Pensionierungen die Kroneneinzahlungen als voll berechnet worden sind.

5. Erhöhung des Dotationskapitals des Lawenawerkes und Leistung einer Rückzahlung an das Land.

Präsident: Damals wurde die Frage aufgeworfen wegen den Bau des Postgebäudes aus Lawenawerksmitteln. Nun wäre das L.W. bereit, einen Teil des Dotationskapitals zurückzubehalten und trotzdem dasselbe auf der gleichen Höhe bestehen zu lassen. Wir würden Fr. 150,000 bekommen und am Dotationskapital würden nur Fr. 50,000 abgeschrieben. Die Schwierigkeit ist nun, dass der Reservefond bei der Sparkasse liegt und man muss schauen, wie man von der Sparkasse das Geld flüssig bekommt.

Reg. Chef: Ich glaube, es gibt nicht viel zu diskutieren. Es ist erfreulich, dass das Lawenawerk sich so gut erholt hat. Es hat dem Lande schon einigemal etwas geboten.

Präsident: Ich glaube, dass man dafür ist für diese Uebernahme. Ich würde abraten, die Sache im offenen Landtagssaal zu behandeln, um einen Spektakel zu vermeiden. Es wird ohnedies viel am Lawenawerke herumkritisiert.

Der Landtag stimmt dem vom Lawenawerke gestellten Antrag einstimmig zu.

Schluss der Konferenzsitzung 12 Uhr.